

Stadtparlament

Wortprotokoll

3. Sitzung der Legislatur 2019-2023

Dienstag, 17. September 2019, 19.00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Jakob Auer, SP/Grüne

Entschuldigt: Rudolf Daepf, SVP
Felix Heller, SP/Grüne
Roland Schöni, SVP

Anwesend Stadtparlament: 27

Anwesend Stadtrat: Dominik Diezi, CVP
Dieter Feuerle, Grüne
Michael Hohermuth, FDP
Jörg Zimmermann, XMV

Abwesend Stadtrat: Luzi Schmid, CVP

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

3/1. **Mitteilungen**

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der EBK

3/2. **Entschädigung Stadtpräsident ab 1. Juni 2019**
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

3/3. **Reglement über die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen**
Eintreten, 1. Lesung

3/4. **Einbürgerungsreglement 2019**
Bildung einer 7er-Kommission

3/5. **Fragerunde**

3/6. **Informationen aus dem Stadtrat**

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Stadträte, Vertreter der Medien, geschätzte Besucher, liebe Damen und Herren, langsam zeigen sich am Morgen die ersten Nebelschwaden, was uns die nächste Jahreszeit anzeigen. Ich hoffe, dass auch diese Monate den gleichen Drill beibehalten wie der Sommer. Unglaublich, was Arbon alles stimmte. Ich möchte jetzt nicht nur die grossen Highlights erwähnen, ein jedes einzelne Quartierfest hat dazu beigetragen, Arbon wieder in das Licht zu rücken, wo es hingehört: ins Rampenlicht. Wenn nun auch hin und wieder negative, durch die Presse hochgespielte Schlagzeilen erwähnt werden, so siegt das Positive. Es wird immer Leute geben, die sich halt auf der positiven Seite nicht glücklich fühlen. Aber Arbon hier im Saal und der Rest der Bevölkerung wird es allen zeigen. Hopp Arbon! All denen, die sich in irgendeiner Form für ein positives Arbon eingesetzt haben, möchte ich als Parlamentspräsident wie auch als Kantonsrat und als Einwohner recht herzlich Danke sagen. Wie sagt doch Johann Wolfgang von Goethe: "Leider lässt sich eine wahrhafte Dankbarkeit mit Worten nicht ausdrücken."

Da Felix Heller als Stimmenzähler amtet, ist für die heutige Sitzung aufgrund seiner Abwesenheit ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der Fraktion SP/Grüne Linda Heller vor. Gibt es andere Vorschläge? - Es gibt keine. Wenn das so ist, gilt Linda Heller im stillen Wahl als gewählt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Ratspräsident fest, dass 27 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es eine Wortmeldung zur Traktandenliste? – Es gibt keine Wortmeldungen. Dem Büro wurde ein Antrag eingereicht, die heute eingehende Interpellation "Konzept Mobilfunknetz 5G für Arbon" für dringlich zu erklären. Gemäss Art. 46 Abs. 3 kann eine Interpellation auf Antrag der Interpellantin oder des Interpellanten für dringlich erklärt werden. In diesem Fall ist sie sofort mündlich oder spätestens bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.

Heidi Heine, SP/Grüne: Gern möchte ich Sie bitten, die Interpellation zum Konzept Mobilfunknetz 5G für dringlich zu erklären. Damit erwartet uns die Antwort wie schon erwähnt bereits auf die nächste Sitzung, so wie es Art. 46 Abs. 3 des Geschäftsreglements vorsieht.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Der Antrag auf Dringlichkeit lautet, dass der Stadtrat die Interpellation auf die nächste Parlamentssitzung schriftlich beantwortet.

Abstimmung

Die Dringlichkeit der Interpellation wird mehrheitlich abgelehnt, somit wird die Interpellation innerhalb vier Monaten durch den Stadtrat beantwortet.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 26. August 2019:

- Entschädigung Stadtpräsident ab 1. Juni 2019, Botschaft an das Stadtparlament
- Reglement über die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen, Botschaft an das Stadtparlament mit Reglement
- Einbürgerungsreglement 2019, Botschaft an das Stadtparlament mit Synopse

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 2. Parlamentssitzung der Legislatur 2019-2023 ist genehmigt und somit im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Motion "Energiewende jetzt" von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne und Michael Hug, CVP/EVP
- Interpellation "Konzept Mobilfunk 5G" von Heidi Heine, SP/Grüne

Diese gehen nun zur Mitunterzeichnung in Zirkulation. Da Sie die politischen Vorstösse bereits im Vorfeld bekommen haben und Kenntnis vom Inhalt besitzen, bitte ich Sie, die Dokumente speditiv weiterzureichen.

Ebenfalls eingegangen sind die folgenden einfachen Anfragen:

- "Gastronomiebetriebe in Arbon" von Lukas Auer, CVP/EVP
- "Papiersammlung in Arbon" von Peter Künzi, FDP/XMV
- "Förderung der Elektromobilität" von Lukas Graf, SP/Grüne

Diese werden zur Bearbeitung an den Stadtrat weitergeleitet.

Geschätzte Anwesende, sicher haben Sie vom schweren Unfall von Peter Gubser gehört. Wir werden ihm eine Karte schicken. Diese Karte zirkuliert. Ich bitte Sie, diese zu unterschreiben, Sie können auch noch einen persönlichen Gruss oder Wunsch dazuschreiben.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission:

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission eine Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über die zu behandelnden Gesuche bzw. gefassten Beschlüsse.

Ruth Erat, SP, Präsidentin EBK: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer Sitzung vom 20. August 2019 ins Bürgerrecht der Stadt Arbon folgende Personen aufgenommen:

- Mulamba Jonathan Ntuma, 1995, kongolesischer Staatsangehöriger
- Ibushoski Kabir, 1993, nordmazedonischer Staatsangehöriger
- Vivas Miranda Gerardo, 1955, spanischer Staatsangehöriger
Vivas Miranda Leidy, 1974, kubanische Staatsangehörige

Im Moment liegen der Einbürgerungskommission 20 Gesuche von 41 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 10 Gesuche zurückgestellt.

2. Entschädigung Stadtpräsident ab 1. Juni 2019

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Der Stadtrat hat am 24. Juni 2019 die Botschaft für die Entschädigung des Stadtpräsidenten ab 1. Juni 2019 verabschiedet. Der Stadtrat stellt darin den Antrag, den Entschädigungen für den Stadtpräsidenten rückwirkend ab 1. Juni 2019 gemäss den Erwägungen zuzustimmen. Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde keine vorberatende Kommission eingesetzt. Daher hat gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements bei Geschäften, welche direkt vom Stadtrat vorgelegt werden, das Wort zum Eintreten zuerst der zuständige Stadtrat.

Vize-Stadtpräsident Dieter Feuerle, Grüne: Der Stadtrat zieht die Botschaft betreffend Entschädigung des Stadtpräsidenten zurück. Die vom neuen Stadtrat vorgeschlagene Grundentlöhnung für den Stadtpräsidenten hat in den letzten Tagen hohe Wellen geworfen.

Der neue Stadtrat hat an seiner 2. Sitzung am 24. Juni, also vor fast drei Monaten, über die Entlöhnung von Dominik Diezi beraten und die Ihnen vorliegende Botschaft ausgearbeitet. Wir waren der Ansicht, dass dies gleich zu Beginn der Legislatur zu regeln ist. Die Bestimmung des Lohns beruhte auf den Qualifikationen von Dominik Diezi. Vielleicht ist es in Zukunft ratsam, wenn das Stadtparlament am Anfang einer Legislatur eine Kommission einsetzt, welche die Entschädigung des Gesamtstadtrats regelt. Sie, meine Damen und Herren Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier, dürfen abschliessend über die Entlöhnung der Stadtregierung entscheiden. Wir haben bei unserem Entscheid die ausgewiesenen hohen Qualifikationen und die grosse politische Erfahrung von Dominik Diezi berücksichtigt. Ebenso haben wir die Entlöhnung der Stadtpräsidenten aller Städte im Thurgau mitberücksichtigt. Selbstverständlich war und ist uns die angespannte finanzielle Lage unserer Stadt jederzeit bewusst gewesen. Von der Qualifikation und der politischen Erfahrung her müsste die Grundentschädigung etwas über der Grundentschädigung von Vorgänger Andi Balg aus dem Jahr 2013 liegen, jedoch wegen der angespannten finanziellen Lage unter der Grundentschädigung, welche Martin Klöti vor bereits 12 Jahren erhalten hatte. Selbstverständlich hat Dominik Diezi bei der Beratung dieser Angelegenheit den Ratsaal verlassen und ist in den Ausstand getreten. Das hat er auch gestern gemacht, als der Stadtrat über den Rückzug der Botschaft beraten hat. Übrigens Kollege Luzi Schmid war auch gestern ferienhalber abwesend.

Seit der Ausarbeitung dieser Botschaft ist einiges passiert, was uns schliesslich zum Rückzug bewogen hat. Der Entscheid des Grossen Rats vom letzten Mittwoch betreffend Unternehmenssteuerreform im Thurgau hat einschneidende Konsequenzen für unsere Stadtkasse. Schon ab nächstem Jahr erwarten wir mehr als CHF 1 Mio. weniger Steuereinnahmen von den Arboner Unternehmungen. Dazu sind einige Angaben in der vor Ihnen liegenden Botschaft bereits nicht mehr auf dem neusten Stand. Beispielsweise erhalten die neuen Stadtpräsidenten von Amriswil und Romanshorn einen geringeren Anfangslohn als ihre Vorgänger. Anders als beim Vorgängerstadtrat wird Stadtpräsident Dominik Diezi nicht im Verwaltungsrat der Arbon Energie AG und auch nicht im Verwaltungsrat der SN Energie Einsitz nehmen. Das bedeutet, dass ca. CHF 10'000 bis CHF 15'000 weniger Verwaltungsratshonorare in die Stadtkasse zurückfliessen. Die Unruhe, welche in den letzten Tagen zu diesem Parlamentsgeschäft ausgebrochen ist, hat Dominik Diezi veranlasst, sich zu Wort zu melden. Er hat signalisiert, dass er auch mit den gleichen Konditionen, welche Andreas Balg bei seinem Start vor sechs Jahren hatte, sehr gut leben könne. Die vom neuen Stadtrat vorgeschlagene Entschädigung sei auf dem Niveau seines Vorgängers zu belassen, was gegenüber unserem Vorschlag die Stadtkasse jährlich um ca. CHF 7'300 entlastet. Wegen all diesen Änderungen und des Antrags von Dominik Diezi ist der Stadtrat gestern zur Überzeugung gelangt, die Botschaft zurückzuziehen. Das bedeutet nun, dass Stadtpräsident Dominik Diezi und übrigens auch wir Stadträte weiterhin zu den gleichen Löhnen und Spesen wie diejenigen des alten Stadtrats arbeiten. In den ersten drei Monaten wurden auch diese Beträge überwiesen.

Zur Information und Transparenz: Die Stadträte haben ein jährliches Fixum, sprich eine Grundentschädigung von CHF 38'041, dazu kommen Pauschalspesen von CHF 3'000 und Sitzungsgelder für Arbeitssitzungen von CHF 70 pro Stunde. Die Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Stadtratssitzungen und an den Parlamentssitzungen sind in der Grundentschädigung enthalten. Der Vizepräsident, der Sprechende, erhält zusätzlich CHF 5'000 pro Jahr. Wir Stadträte gehen von einem Arbeitspensum von mindestens 35 % aus.

An dieser Stelle noch ein Wort zu den Löhnen des städtischen Personals: In den letzten Tagen wurden von einigen Medien unvollständige Berichte gemacht. Der Stadtrat hat vor ca. zwei Wochen entschieden, für 2020 individuelle Lohnerhöhungen von maximal 0.8 % der Lohnsumme zu gewähren. Das heisst, für das Stadtpersonal stehen ab 2020 insgesamt ca. CHF 65'000 für Lohnerhöhungen zur Verfügung. Warum dies nicht in den Medienberichten erwähnt wurde, ist mir schleierhaft. Es wurde nur kommuniziert, dass es in 2020 keine generelle Lohnerhöhung gibt. Des Weiteren werden sieben Personen dank sehr guter Leistungen und Weiterbildungen Lohnerhöhungen zugesprochen bzw. steigen in eine höhere Lohnklasse auf.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung: Der neue Stadtrat ist aus meiner Sicht schon zu einem sehr guten Team zusammengewachsen. Wir freuen uns, weiterhin mit Ihnen und unseren Stadtangestellten die Stadt weiterzubringen und die sehr grossen Aufgaben, welche vor uns stehen, gemeinsam anzupacken.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Ich danke Vize-Stadtpräsident Dieter Feuerle für die ausführliche und transparente Rückzugsinformation. Da der Stadtrat das Geschäft zurückgezogen hat, gilt das Geschäft somit als erledigt. Die Entschädigung des Stadtpräsidenten erfolgt daher unverändert wie bisher.

3. Reglement über die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde aufgrund eines Bürobeschlusses keine vorberatende Kommission eingesetzt. Daher ist gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements das Wort zum Eintreten zuerst durch den zuständigen Stadtrat.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich möchte hier grundsätzlich auf die Parlamentsbotschaft verweisen. Es ist aber noch eine Frage an mich im Vorfeld herangetragen worden, und zwar die Grundsatzfrage: Wenn doch HRM2 dem Gedanken des Fair and True View folgt, warum dann jetzt so eine Schwankungsreserve ausserhalb der Rechnung? Dazu möchte ich festhalten: Es ist korrekt, das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 folgt diesem Gedanken und will ein möglichst wahrheitsgemässes Abbild der Finanzlage gewährleisten. Deshalb sind Finanzanlagen auch zum Verkehrswert zu bewerten, Wertschwankungen sind dann aufwandwirksam zu verbuchen. Aber die Fachempfehlung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, und diese Fachempfehlungen sind die Grundlagenempfehlungen der Kantone für das Werk HRM2, enthalten den Hinweis, dass es Sinn macht, Anlagen mit stark schwankenden Wertveränderungen über das Eigenkapital zu buchen. Und das ist ja das, was wir jetzt hier vorschlagen, weil eben genau ein solcher Wert vorliegt, dass wir Beteiligungen haben, die starken Wertschwankungen ausgesetzt sind, sowohl nach oben wie nach unten. Und wenn wir das aufwandwirksam erfassen, ist hier regelmässig eine Verzerrung des Ergebnisses vorhanden, obwohl sich nichts dauerhaft geändert hat und das schon im nächsten Jahr wieder ganz anders sein kann. Deshalb haben wir den Hinweis aufgegriffen, der seitens der RPK kam und folgen hier einer Musterverordnung, die der Kanton St. Gallen für die St. Galler Gemeinden ausgearbeitet hat. Das ist das Vorbild für dieses Reglement, das Ihnen nun vorliegt. Ich denke, das ist wirklich eine sehr sinnvolle Sache im Interesse einer Rechnung, die möglichst wahrheitsgemäss die Finanzlage der Stadt abbilden soll.

Christoph Lehner, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion begrüßt die Absicht des Stadtrats, die Wertschwankungen der Finanzanlagen nicht im Jahresergebnis abzubilden und dafür einen Ausgleich für Wertschwankungen zu schaffen. Diese Buchgewinne oder -verluste sind zum Bilanzstichtag nicht realisiert und wir sehen es daher als wenig sinnvoll, diese in der Erfolgsrechnung als Erfolg oder Verlust zu buchen. Die CVP/EVP-Fraktion ist daher für Eintreten.

Lukas Graf, SP/Grüne: Auch die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten auf diese Vorlage.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wir sind für Eintreten. Wir haben nachher schon noch zwei, drei materielle Sachen.

Pascal Ackermann, SVP: Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Eintreten ist unbestritten.

Materielle Beratung

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Wir werden das Reglement artikelweise durchberaten. Bitte nehmen Sie den Entwurf des Stadtrats zur Hand. Ich werde die Artikelnummer aufrufen. Möchte jemand aus dem Parlament Fragen oder einen Antrag stellen, bitte ich euch, sich beim entsprechenden Artikel rechtzeitig zu melden. Die Anträge sind mir dabei schriftlich abzugeben.

Art. 1 Grundsätze

Riquet Heller, FDP/XMV: Wo wird sichergestellt, dass wir 51 % der Aktien der Arbon Energie eh im Verwaltungsvermögen haben und sie demzufolge nicht erfasst sind? Warum diese krasse Wertschwankungen bei der Arbon Energie? Sie wissen, eine Wertsteigerung von beinahe 200 % innerhalb von zwei Jahren – das ist wirtschaftlich kaum zu erklären. Namentlich meine ich, das sei ein Fehler bei der Einbilanzierung, als man HRM2 eingeführt hat. Die zwei Fragen: Weshalb der tiefe Wert bei der Bilanzierung mit Einführung von HRM2? Weshalb wurde nicht sichergestellt, dass bei der Beteiligung der Arbon Energie nur 51 % unserer Beteiligung erfasst sind in diesem Reglement?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP/EVP: Warum diese Beteiligungen so stark schwanken, vermag ich nicht zu beantworten. Es sind einfach Bewertungen, die man vorgenommen hat und die jetzt halt ganz anders sind. Offenbar ist das Vertrauen in die Firma gestiegen. Ich kann es nicht beantworten, aber es ist ein Faktum, dass die Bewertungen jetzt zu einem erheblichen Wertzuwachs geführt haben. Dass 51 % im Verwaltungsvermögen der Stadt stehen, ist an einem anderen Ort geregelt. In Abs. 2 sprechen wir nur von den Beteiligungen der Arbon Energie und der ABV Liegenschaften AG, die sich im Finanzvermögen der Stadt befinden, das sind diese 49 %. Im Übrigen ist es auch in der Botschaft ausführlich dargelegt. Das scheint mir klar zu sein, dass es hier nur um den sich im Finanzvermögen befindlichen Teil dieser Beteiligungen handelt.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Diese Bewertung zum Steuerwert ist für uns genau der Punkt. Wir haben den Eindruck, diese Verlagerung in diese Wertschwankungsreserve ist eigentlich ein bisschen buchhalterische Onanie, was wir da betreiben. Auf der einen Seite gehen wir hin und möchten eine transparente Rechnungslegung und auf der anderen Seite verstecken wir dann wieder irgendwo einen Gewinn in einer Wertschwankungsreserve. Was aber noch viel bedeutender ist, ist die nachher folgende Auflösung der Reserve, wenn die Finanzanlage wieder verkauft wird. Die Reserve häuft sich dann natürlich über die lange Haltedauer an – je nachdem, wie lange man so einen Titel hält – und am Schluss wird die gesamte Wertsteigerung dann in eine Rechnungsperiode einfließen. In der Wertschwankungsreserve sind ja nur die beiden Positionen Arbon Energie AG und ABV Immobilien AG enthalten. Letztlich ist unser Ziel, unseren Bürgerinnen und Bürgern günstigen Strom anbieten zu können. Wenn wir nun Reserven in einer Schwankungsreserve anhäufen, verstecken wir einen jährlichen Gewinn. Da ist schon Vorsicht geboten, wie wir damit operieren. Unser Eindruck ist, vom Grundsatz her kann man es so machen, aber vielleicht müsste man bei steigenden Gewinnen der Arbon Energie auch als Stadtrat dann wieder Einfluss nehmen auf die Arbon Energie, dass diese Ertragswerte in einem vernünftigen Rahmen bleiben.

Lukas Graf, SP/Grüne: Auch uns hat es überrascht, dass wir nach nur zwei Jahren seit der letzten Neubewertung über CHF 9.3 Mio. mehr sprechen. Der grosse Teil ist ja da bei der Arbon Energie AG. Ich kann Cyril eigentlich nur beipflichten. Wenn das so weitergeht mit diesen Steigerungen des Steuerwerts, müsste man sich überlegen, ob nicht eventuell bei der Arbon Energie die Gewinne zu gross sind und man allenfalls die Strompreise entsprechend senken sollte. Was uns aber auch überrascht hat, wir sprechen jetzt da schon recht inhaltlich, dass für dieses Reglement keine vorberatende Kommission gebildet wurde. Denn das Büro hat es anscheinend nicht einmal in Erwägung gezogen. Jetzt sind wir genau an dem Punkt, wo Fragen gestellt werden, die zum Teil nicht beantwortet werden können. Für uns ist klar, im Grundsatz ist für jedes Geschäft eine Kommission einzusetzen, insbesondere wenn es um die Erstellung und Anpassung von Reglementen geht. Von diesem Grundsatz sollte nur selten abgewichen werden. Für

uns war das jetzt hier okay, da das Reglement von ausgewiesenen Experten der BDO erarbeitet wurde. Es ist mit den sechs Artikeln relativ überschaubar, der Sachverhalt ist grundsätzlich klar. Es wurde wie von Dominik Diezi gesagt von anderen Gemeinden übernommen. Das ist für uns schon auch okay, wir wurden ja auch früh bei der Rechnung 2018 von der FGK informiert, aber es ist tatsächlich so, diese CHF 9.3 Mio. in zwei Jahren ist relativ viel. Anderseits ist es sehr erfreulich, unser Eigenkapital bzw. unsere Bilanz kann das im Moment gut gebrauchen. Und ändern wird es an unserem Abschluss nicht viel. Nochmals: Aus unserer Sicht sollte man in Zukunft eine vorberatende Kommission bilden, das gilt insbesondere auch für das nächste Traktandum.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich habe mit dem Geschäftsführer der Arbon Energie darüber gesprochen, weil wir das in der Fraktion so beschlossen haben. Was ist der Grund? Der erste Gedanke war, der Strom ist zu teuer, man muss ihn billiger machen. Ich möchte diesen Eindruck aber heute hier nicht so stehen lassen, denn der ist falsch. Man müsste eigentlich, und da wäre vielleicht die Kommission im Nachhinein wirklich wirksam gewesen, da nochmals genau hinschauen. Wenn Sie mit Silvan Kieber sprechen, bekommen Sie sehr plausible Antworten darauf, was der Grund ist, wieso diese Gewinne in den letzten Jahren zugenommen haben. Einerseits hat man die Abschreibungspraxis verändert, das hat etwas zur Folge gehabt, anderseits hat man aber auch ganz bewusst auf grössere Bauvorhaben hin gespart, weil die kommen werden. Deshalb denke ich, muss man wirklich die Fachperson dazu haben, die dazu die effektiv richtige Antwort geben kann. Wenn man zum Beispiel den Strompreis von Arbon mit anderen Gemeinden vergleicht, kann man nicht allein diese Zahl vergleichen, man muss effektiv nachfragen, ob alle den Strom gleich kalkulieren. Das ist nicht der Fall. Deshalb denke ich, müssen wir das so hinnehmen. Der Betrag wird bei grösseren Investitionen wieder sinken und es wird nicht so sein, dass wir in fünf oder zehn Jahren bei CHF 20 Mio. sind.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich unterstütze lebhaft den Antrag auf Einsetzung einer Kommission, dies aus folgendem Grund: Die Änderung des Einbuchungsbetrags, als die Arbon Energie in unsere Buchhaltung eingetragen wurde, ist offensichtlich falsch. Wäre der höher gewesen, wäre der entsprechende Mehrpreis im Verhältnis zum Buchpreis, den wir in unseren Büchern haben, in das Konto Neubewertungsreserve gekommen. Es sind nämlich auch andere Werte des Finanzvermögens deutlich unterbewertet. Diese höheren Preise, namentlich auch der Arbon Energie, wären dann nämlich in die Neubewertungsreserve gekommen. Ich gehe nämlich davon aus, dass kaum eine Schwankung bei der Arbon Energie vorliegt. Die CHF 13 Mio., die sie jetzt wert ist im Verhältnis zum Buchungspreis, wo wir sie drin haben für CHF 4 Mio., ist kaum nur eine Schwankung. Das ist eine Falschbeurteilung bei der Einbuchung. Demzufolge wäre diesbezüglich eine Korrektur zu veranlassen. Was hat das zur Folge, wenn es in der Neubewertungsreserve eingebucht wird und nicht im Schwankungskonto, wo sie wahrscheinlich beständig bleiben wird? Es liegt keine Schwankung vor, sondern ein falscher Preis. Wenn es in der Neubewertungsreserve ist, besteht eine Weisung, sogar eine Verordnung des Regierungsrats, wonach diese Neubewertungsreserve fünf Jahre nicht angetastet werden darf außer bei Verlusten, und in den folgenden fünf Jahren ist diese Neubewertungsreserve aufzulösen. Wir haben schon CHF 7 Mio. in dieser Neubewertungsreserve. Sie können sich vorstellen, in fünf Jahren müssen wir die auflösen. Haben wir hingegen ein Wertschwankungskonto, ist im Verkaufsmoment zu verbuchen und dann haben wir einen wesentlich grösseren einmaligen Gewinn, als wenn wir das über fünf Jahre verteilt in Zukunft auflösen können. Ich kenne den richtigen Einbuchungspreis nicht, das wäre Aufgabe einer Kommission. Demzufolge wird ein entsprechender Antrag gestellt. Ich gehöre zu den lebhaften Unterstützern.

Zu den Art 2 – 6 gibt es keine Wortmeldungen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie stellen fest, wie wir dieses Reglement in der ersten Lesung beraten haben. Keine Wortmeldungen zu keinem Artikel. Ist es wirklich so sonnenklar, was wir hier beschliessen? Ich meine, wir betreiben eine Gesetzgebung, die seinesgleichen sucht.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Die 2. Lesung ist für die nächste Parlamentssitzung vom 5. November 2019 geplant.

4. Einbürgerungsreglement 2019, Wahl einer 7er-Kommission

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: An seiner Sitzung vom 19. August 2019 hat das Büro beschlossen, an der heutigen Sitzung für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung dieser Kommission: Daniel Bachofen, SP/Grüne, Felix Heller, SP/Grüne, Christoph Lehner, CVP/EVP, André Mägert, FDP/XMV, Christine Schuhwerk, FDP/XMV, Bill Mistura, SVP, Esther Straub, CVP/EVP. Sind Wortmeldungen dazu oder werden andere Vorschläge gemacht? – Dies ist nicht der Fall. So können wir über die Wahl der sieben Kolleginnen und Kollegen in globo abstimmen.

Abstimmung

Daniel Bachofen, SP/Grüne
Felix Heller, SP/Grüne
Christoph Lehner, CVP/EVP
André Mägert, FDP/XMV
Christine Schuhwerk, FDP/XMV
Bill Mistura, SVP
Esther Straub, CVP/EVP

werden gewählt.

Christine Schuhwerk wird als Präsidentin der Kommission gewählt.

5. Fragerunde

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Die Stadt Arbon hat mit Medienmitteilung vom 27. Mai 2019 über den Abschluss der öffentlichen Auflage des Dossiers Ortsplanungsrevision informiert. Es seien 110 Einsprachen zur Ortsplanungsrevision eingegangen. Der neue Stadtrat hat dieses Dossier nun übernommen und mich interessieren folgende Fragen:

1. Wie sieht der weitere Zeitplan für die Ortsplanungsrevision aus? Wann wird das Geschäft im Stadtrat beraten und wann wird diese Vorlage ins Parlament und zur Volksabstimmung kommen?
2. Wie weit ist die Stadt schon in der Bearbeitung der Einsprachen?
3. Wäre eine vorgezogene Teilrevision für einzelne Gebiete für den Zeitplan und das Erreichen der Ziele aus Sicht des Stadtrats möglich?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Erste Arbeitssitzungen zur Ortsplanrevision haben im Stadtrat bereits stattgefunden, weitere werden noch folgen. In den Arbeitssitzungen werden auch die Einsprachen besprochen und darüber entschieden. Nach heutigem Stand wird mit einer Änderungsaflage 2020 gerechnet. Anschliessend kommt das Geschäft zur Behandlung ins Parlament. Die Genehmigung von einzelnen Teilbereichen wird durch das kantonale Departement für Bau und Umwelt DBU nicht gewünscht und ist nur in Einzelfällen unter Umständen

möglich. Es ist offenbar schwierig, hier eine allgemeine Aussage zu machen. Es müsste offenbar eine konkrete Anfrage für einen Teilbereich vorliegen, damit man dann konkret klären kann, ob hier ein einzelner Teilbereich separat behandelt werden kann.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Auch die zweite Frage betrifft eine Medienmitteilung. Die Stadt Arbon hat mit der Mitteilung vom 21. Mai 2019 über den Gestaltungsplan Riva informiert, dass dieser vom 5. April bis zum 3. Mai aufgelegen sei und dazu 21 Stellungnahmen eingegangen seien. In der zitierten Medienmitteilung wird weiter informiert, dass der neue Stadtrat über die Eingaben berate und die Mitwirkenden über das Ergebnis orientiere. Meine Fragen dazu:

1. Wie weit ist der neue Stadtrat mit der Beantwortung oder der Beratung über die erwähnten Eingaben und wurden die Ergebnisse schon kommuniziert?
2. Könnte der Stadtrat diese Ergebnisse auch den Stadtparlamentariern zukommen lassen?
3. Falls die Beratung oder die Information der Mitwirkenden noch nicht stattgefunden hat, wie sieht der diesbezügliche Zeitplan des neuen Stadtrats aus?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Der Stadtrat hat sich über dieses Vorhaben bereits in einer Vorberatung unterhalten. Es wurden Gespräche mit der HRS geführt, weitere Gespräche werden noch folgen. Es geht letztlich darum, dass der neue Stadtrat die einzelnen Varianten, die grundsätzlich denkbar sind, nochmals prüft, durchspielt und schaut, ob er den Ball da wieder aufnehmen will, wo der alte Stadtrat aufgehört hat oder ob es allenfalls Modifikationen braucht. Die Mitwirkungen wurden ausgewertet, werden von der Verwaltung bearbeitet, müssen aber noch im Stadtrat besprochen werden. Das Bauvorhaben steht letztlich auch in einer Abhängigkeit zur Ortsplanungsrevision. Sobald der Stadtrat sich zur Ortsplanungsrevision und den Einsprachen äussern kann, kann er auch Position zum Projekt Riva beziehen und die Mitwirkungen beantworten.

Fabio Telatin, SP/Grüne: Am 11. September konnte man in der Thurgauer Zeitung unter verbesserte Verkehrsführung beim Doppelkindergarten lesen, dass an der Rebenstrasse beim ehemaligen Friedhofsgärtnerhaus Parkplätze für Lehrpersonen, den Schulbusfahrer, für Eltern und Besucher des Doppelkindergartens zur Verfügung gestellt werden. Die Quartierbewohner wundern sich über diese Grosszügigkeit der Parkplatzvergabe an den Kindergarten, da der Friedhof für seine Besucher selbst nur etwa 24 öffentliche Parkplätze hat. Sehr wenige somit. Es sind jetzt schon immer chaotische, untragbare Zustände mit dem Parkieren, wenn Abdankungen stattfinden. Mit den zusätzlichen Elterntaxis, die in vielen Schulen Hochkonjunktur haben, eine prekäre Situation. Diese zu unterbinden, stehen wir machtlos gegenüber. Die Lage wird sich noch um einiges verschärfen. Eine ungute Situation für alle. Um diese Lage zu entschärfen, gibt es eine Lösung, die das Quartier entlasten würde. Aber auch die Sicherheit der Kinder, Schüler, Eltern mit ihren Kleinkindern und Pflegeheimbewohner, die immer gern und viel an dieser Strasse entlanglaufen. Die Lösung wäre, dass der Parkplatz auf dem ehemaligen Friedhofsgärtnerhaus Parzelle 627 öffentlich gemacht wird. Das heisst, dass die Stadt eine Baubewilligung beim DBU einholt. Dieses Begehr wurde schon mehrfach von einer Bewohnerin im Quartier angefordert, bereits beim alten Stadtrat wie auch beim jetzigen Stadtrat. Die Parzelle Nr. 627 beim ehemaligen Friedhofsgärtnerhaus liegt in einer Wohn- und Gewerbezone niedriger Baudichte. Darum eine sicherlich machbare Umsetzung für einen öffentlichen Parkplatz. Eine solche Gelegenheit wird sich nie mehr ergeben. Auch wenn man sieht, dass das Grundstück schon für einen Parkplatz eingerichtet ist und somit nur geringe Kosten anfallen. Ich bitte und danke für die Beantwortung der Fragen.

1. Wie viele Parkplätze werden an den Doppelkindergarten vergeben und wie hoch ist deren Miete pro Parkplatz?
2. Was hat die Stadt mit der ehemaligen Friedhofbauparzelle 627 im Sinn, die zum jetzigen Zeitpunkt durch die Kette abgeschlossen ist? Diese wird nur bei grossen Bestattungen geöffnet und für gelegentliche Veranstaltungen in der Umgebung, ansonsten liegt dieses Areal die übrige Zeit brach, da wie erwähnt keine Bewilligung zum Parkieren vorliegt.

3. Der Stadtrat hat laut Medienbericht vom 25. August 2019 verlauten lassen, dass er eine Überprüfung in Auftrag gegeben hat, wie dieses Areal in Zukunft genutzt werden sollte. Wie sehen die Fakten aus, bzw. was wurde da bereits gemacht?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Vielleicht muss ich ein bisschen ausholen. Der Bau des Doppelkindergartens war mehr als ein Jahr lang blockiert wegen einer Einsprache. Der neue Stadtrat hat sich mit dem Einsprecher und mit der Schule zusammengeschlossen und wir haben jetzt eine neue Regelung getroffen, wie in Zukunft das Verkehrsregime rund um diesen neuen Kindergarten sein soll.

Stein des Anstosses war, dass die Ausfahrt vom Kindergarten in die Flurstrasse hochgefährlich ist. Darum gab es eine Einsprache. Diese Strasse ist sehr schmal und die Ausfahrt ist sehr unübersichtlich. Was in den letzten Jahren noch hinzugekommen ist, sind sogenannte Elterntaxi, die vermehrt leider ihre Kinder in den Kindergarten fahren. Bei einem Doppelkindergarten ist das aus unserer Sicht ein unhaltbarer Zustand. Was kann man dagegen machen? Ziel 1 ist, dass möglichst keine Autos in der Nähe dieser alten Zufahrtsstrasse verkehren. Das heisst, nicht einmal die Lehrpersonen sollen dort ein- und ausfahren können. Was haben wir gemacht? Wir haben mit der Schule die Abmachung getroffen, dass wir der Schule maximal zwei bis drei Parkkarten zur Verfügung stellen. Ich gehe davon aus, dass diese unentgeltlich sind. Aus meiner Sicht kann die Stadt der Schule für so einen Dienst kein Geld aus der Tasche ziehen, das wäre auch aus Sicht der Steuerzahlenden unsinnig. Dafür dürfen die Lehrkräfte nicht mehr beim Kindergarten parkieren. Sondern, und da spreche ich jetzt vom Parkplatz südlich des ehemaligen Friedhofgärtnerhauses, sollen ihre Fahrzeuge dort parkieren. Dazu muss man sagen, zum Glück fahren nicht alle Lehrkräfte mit dem Auto zur Arbeit, sondern es gibt viele, die zu Fuss gehen oder mit dem Velo hinfahren, was mich natürlich sehr freut. Dazu kommt noch, dass sie auch an den Wochenenden in der Regel nicht in die Schule oder zum Kindergarten gehen und auch nicht am Mittwochnachmittag. Das heisst, es wäre sinnlos, wenn die Stadt der Schule einen, zwei oder drei Parkplätze die ganze Zeit zur Verfügung stellen würde. Darum sind wir auf die Lösung gekommen, ihnen zwei bis drei Karten für die blaue Zone abzugeben. Wenn sie – wie ich hoffe – ausnahmsweise einmal mit dem Auto zum Kindergarten fahren, dürfen sie dort parkieren. Das ist der Hauptgrund, warum man das so gemacht hat.

Was auch dazukommt ist, dass der Schulbus in Zukunft auch an der Rebenstrasse hält und die Kindergartenkinder den Lavendelweg hinaufgehen müssen. Das sind ungefähr 100 Meter, das ist zumutbar. Was auch nicht passieren darf, ist, dass spitzfindige Eltern in Zukunft den Lavendelweg hinauffahren, darum haben wir dort vor, ein allgemeines Fahrverbot zu machen, insbesondere da der obere Teil des Lavendelwegs eine Privatstrasse mit öffentlichem Fusswegrecht ist. Das heisst, zu Fuss oder mit dem Pferd könnte man dort vorbeigehen, per Fahrrad nicht. Wir verschenken also keine Parkplätze, es würde auch keinen Sinn machen, sondern wir stellen zwei bis drei Parkkarten zur Verfügung.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Das Ganze ist sehr erfreulich. Es war ja blockiert und es drohte ein Rechtsverfahren bis vor Bundesgericht. Vielleicht hätte die Schulgemeinde im schlimmsten Fall noch zwei Jahre nicht bauen können. Es ist jetzt gelungen, diese Blockade aufzuheben und der Kindergarten ist bereits im Bau. Ich denke, das ist per se ein sehr erfreuliches Resultat.

Weniger erfreulich aus Sicht des Stadtrats ist in der Tat die Situation im Zusammenhang mit diesem Parkplatz "Friedhofgärtnerhaus". Das ist eine Art Erblast, die wir geerbt haben. Zum einen ist es kein bewilligter Parkplatz, zum anderen sieht es aus wie ein Parkplatz. Diese Situation muss geklärt werden, das haben wir ja auch schon kommuniziert. Der Stadtrat muss sich jetzt entscheiden, in welche Richtung es gehen soll. Machen wir hier einen Parkplatz? Das ist das Anliegen des Fragenden und der Interessentin. Oder führen wir das einer Baunutzung zu? Wird es verkauft, wird es im Baurecht abgegeben? Das sind die beiden Optionen. Keine Option ist der aktuelle Zustand, denn dieser stiftet nur Unfrieden. Es gibt ja auch die anderen, die sagen, es ist kein Parkplatz und wir wollen nicht, dass da parkiert wird. Das ist eben die andere

Seite, die sich bei uns auch meldet und bemerkbar macht. Hier muss nun eine Klärung herbeigeführt werden und so etwas muss man wirklich seriös machen.

Die Verwaltung ist dran, diese Fakten zu erheben. Was ist bei einem Friedhof von der Grösse Arboms üblich, wie viele Parkplätze sollte man da haben? Wie sieht das aus, wie können wir verhindern, dass dann da andere parkieren? Wie sieht es aus mit dem Pflegeheim, was ist da der Bedarf? Hat man dann vor allem Leute vom Pflegeheim auf dem Parkplatz? Oder ist das vielleicht sogar erwünscht, weil es da auch zu wenige gibt? Nur schon bei der Option Parkplatz stellen sich also schon einige Fragen. Und was würde auf der anderen Seite ein Verkauf oder ein Baurecht bedeuten? Ich verstehe den Hintergrund, dass man da gern schnell eine Lösung hätte, vor allem weil das schon beim alten Stadtrat pendent war, aber wir sind, seit wir im Amt sind, daran, wir bemühen uns, dass man da relativ bald eine Vorbesprechung im Stadtrat machen kann und dann vielleicht zu Beginn des neuen Jahres Nägel mit Köpfen machen kann. Aber diese Zeit braucht es jetzt halt noch.

6. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich möchte Sie auf den Informationsanlass vom 25. September 2019 20 Uhr in der ehemaligen Wirtschaft Zum Schloss aufmerksam machen. Es geht um den Gestaltungsplan Brunnewies, der in der Vergangenheit auch um eine grosse Kontroverse gesorgt hat. Streitpunkt ist vor allem, dass man da höher bauen kann als normal vorgesehen und dass da eine teilweise Umzonung ins Auge gefasst wurde, ein Teil von der Industriezone in eine Zone, die auch Wohnnutzung zulässt. Wir sind intensiv im Gespräch mit den Investoren und es ist zu Änderungen gekommen. Den Investoren ist es vor allem wichtig, dass es vorwärtsgeht. Es geht ja auch um Arbeitsplätze, wobei wir noch nicht wissen, was für Firmen es sein werden. Aber wenn wir den Investoren glauben dürfen, soll es sich durchaus um bekannte Schweizer Unternehmen handeln, die jetzt auf der aktuellen Basis vorwärtsmachen möchten. Bauen so hoch, wie es jetzt geht, keine Inanspruchnahme irgendwelcher Ausnahmen, was die Höhe angeht und auch aktuell Verzicht auf Wohnnutzung. Also das Gebiet so nutzen, wie es aktuell möglich ist. Das soll vorgestellt werden, anschliessend gibt es nochmals eine entsprechende Mitwirkung. Die Unterlagen kann man einsehen in der Abteilung Bau und Umwelt oder auf der Homepage www.stadtentwicklung.arbon.ch.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Wir sind nun am Schluss der heutigen Sitzung. Die Motion "Energiewende jetzt" von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne und Michael Hug, CVP/EVP wird mit 19 Mitunterzeichnenden und die Interpellation "Konzept Mobilfunknetz 5G" von Heidi Heine, SP/Grüne mit 7 Mitunterzeichnenden an den Stadtrat weitergeleitet. Wir haben heute die gesamte Traktandenliste speditiv abgearbeitet. Daher freut es mich, dass wir noch diesen Abend geniessen können und wenn möglich treffen wir uns im Restaurant Promenade. Die nächste Sitzung findet am 5. November statt. Ich wünsche Ihnen nun einen schönen Abend, eine angenehme Zeit und erkläre die Sitzung als beendet.

Ende der Sitzung um 20.05 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Jacob Auer

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein